

Flüchtlinge sind hier willkommen!



Flüchtlingspolitische Sofort-Forderungen der Partei DIE LINKE

Kriege, politische Unsicherheiten, wirtschaftliche Not oder Perspektivlosigkeit – es gibt viele Gründe warum Menschen fliehen. Eines ist ihnen gemein: Niemand verlässt freiwillig seine Heimat, seine Familie, seine Freundinnen und Freunde ...

Aktuell sind über 50 Millionen Menschen auf der Flucht, weltweit. Nur ein kleiner Teil kommt nach Deutschland – ihnen Schutz und Aufnahme zu gewähren, ist das Mindeste, das unser reiches Land tun kann. Stattdessen herrscht eine Kultur der Ablehnung, die von bürokratischen Hürden über mangelnde Verantwortung bis hin zu rassistischer Propaganda reicht.

Die Lösungen der sogenannten Flüchtlingsgipfel greifen allesamt zu kurz, weil sie am System nichts ändern – sie sind Ausweis des Scheiterns und der Realitätsverweigerung.

Das gegenwärtige Asylverfahrensrecht ist ein Abschreckungsrecht – was wir jedoch brauchen, ist eine menschenrechtlich orientierte Flüchtlingspolitik. Die Politik der Bundes-

regierung zielt in die völlig falsche Richtung. Deshalb stellen wir uns gegen eine Verschärfung des Asylrechts und plädieren für eine Asyl- und Flüchtlingspolitik in Deutschland und in Europa, die den Schutz der Flüchtlinge und ihre Perspektiven in der neuen Gesellschaft in den Mittelpunkt aller Regelungen stellt.

Zu einer Geflüchteten zugewandten Willkommenskultur gehören für uns folgende Forderungen:

- Abschaffung der Residenzpflicht und der entwürdigenden Unterbringung in Sammelunterkünften sowie die freie Wahl des Aufenthaltsortes (Familie, Verwandte). Wir wollen dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten in Wohnungen.
- Sofortiger Zugang zu Arbeit und Bildung. Dies ermöglicht wirtschaftliche Selbstständigkeit und Teilhabe.
- Uneingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung und den sozialen Sicherungssystemen.
- Weg mit dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dieses Bürokratiemonster entwürdigt Menschen. Eine

Abschaffung brächte Kommunen dringend benötigte Entlastung.

Der Bund könnte folgende Sofortmaßnahmen ohne Verzögerung verfügen:

■ Schnell mehr Entscheiderinnen und Entscheider für das Bundesamt für Flucht und Migration ausbilden und einstellen. Damit kann eine kürzere Verfahrensdauer erreicht werden und Antragstellerinnen und Antragstellern bleiben monatelange Unsicherheit und Stress erspart.

■ Bundesimmobilien unentgeltlich für Wohnzwecke zur Verfügung stellen. Statt auf Höchstpreise zu warten und Leerstand zu akzeptieren, entstünde hier Platz für Wohnungen.

■ Finanzielle Unterstützung der Kommunen. Der Bund muss die Kosten für die Unterbringung von den Kommunen übernehmen.

Rechtspopulistische und neofaschistische Parteien und Organisationen versuchen an vielen Orten der Republik, gegen Flüchtlinge und ihre Unterbringungen zu hetzen und Demonstrationen zu organisieren. Flüchtlingswohnheime werden gewalttätig angegriffen. Mit vermeintlich seriös klingenden Bürgerinitiativen wie »Nein zum Heim« und ähnlichen Titeln gelingt es ihnen, sich bis in die Mitte der Ortsgesellschaften hinein zu bewegen und Unterstützung für ihre menschenverachtende Propaganda zu organisieren. Mangelnde Informationspolitik und unzureichende Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung vor Ort öffnen dieser Hetze Tor und Tür.

Bündnisse wie »HOGESA« oder »PEGIDA« betten sich in einen gesellschaftlichen Rechtsruck ein, der die anhaltenden rechtspopulistischen Proteste in einigen Städten und Gemeinden und die AfD-Ergebnisse der vergangenen Wahlen kennzeichnet. Dagegen stellen wir uns gemeinsam mit vielen anderen in unserer Gesellschaft: Refugees welcome here.

Ich möchte weitere Informationen:

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

DIE LINKE.

Partei Vorstand der
Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99
Fax: 030/24 00 95 41
partei.vorstand@die-linke.de
www.die-linke.de/
fluechtlinge-willkommen
V.i.S.d.P. Matthias Höhn